

Spengler in Wien sehen sich mit ruinösen Nachzahlungen konfrontiert!

Spengler in Wien kämpfen gegen unerwartete BUAK-Nachzahlungen. Die Wirtschaftskammer unterstützt juristische Schritte.

Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich - Eine unerwartete gesetzliche Änderung hat die österreichische Spenglerbranche in eine massive Krise gestürzt. Innerhalb kürzester Zeit wurden alle Spenglerunternehmen rückwirkend in die Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse (BUAK) einbezogen. Diese Entscheidung, die als plötzliche Belastung für die Betriebe gilt, führte zu zusätzlichen Lohnnebenkosten von bis zu zehn Prozent. Wie die **Wirtschaftskammer Wien** berichtete, sind vor allem die Nachzahlungen aus Vordienstzeiten eine immense finanzielle Belastung: Einzelne Unternehmen könnten in die Existenznot geraten.

Überwältigende Kosten und Klagen

Laut Schätzungen müssen Wiener Spenglerbetriebe mit nachträglichen Zahlungen von mindestens 22 Millionen Euro rechnen. Die IG Spengler, ein wachsender Verband der Betroffenen, kündigt bereits Klagen beim Verfassungsgerichtshof an und kritisiert die bisherige Unterstützung durch die Wirtschaftskammer als unzureichend. „Die Zusatzkosten sind ruinös. Unsere Mitglieder werden durch willkürliche Regelungen zur Kasse gebeten, ohne den beanspruchten Nutzen zu sehen“, erklärte Alois Perwein, der Sprecher der IG Spengler, und verwies auf die Unverständlichkeit dieser Regelungen, die auch von der **Presse**

kritisch beleuchtet wurde. Trotz nachträglicher Verhandlungen blieb der Schaden für viele Unternehmen hoch.

Insgesamt sehen sich 243 Spenglerunternehmen, die in Wien aktiv sind und über 7.000 Mitarbeiter beschäftigen, mit unvorhersehbaren Kosten von durchschnittlich 9.000 Euro pro Mitarbeiter konfrontiert. Die Wirtschaftskammer kündigte Unterstützung für die betroffenen Betriebe an und stellte einen speziellen Fonds für rechtliche Hilfe bereit. Die Unsicherheit um die Berechnung der Urlaubszuschläge und die rückwirkenden Zahlungsverpflichtungen hat ein „Chaos“ in der Branche ausgelöst. Perwein beschuldigt die Wirtschaftskammer, nur zögerlich zu handeln und fordert entschlosseneren Maßnahmen zur rechtlichen Klärung dieser misslichen Situation.

Details	
Vorfall	Skandal, Insolvenz
Ursache	Gesetzesänderung
Ort	Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich
Schaden in €	22400000
Quellen	• www.ots.at • www.diepresse.com

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at